

BIRKHAUSER

WIEN MUSEUM

DAS ROTE WIEN

1919–1934

IDEEN
DEBATTEN
PRAXIS



ARCHITEKTUR UND POLITIK LERNEN VOM ROTEN WIEN

Eve Blau
Gabu Heindl
Monika Platzer

Eve Blau, Professorin am *Department of Urban Planning and Design* an der Harvard University, und die Architektin Gabu Heindl, Gastprofessorin für *Architecture and Urban Design* an der Sheffield University, sprechen über Voraussetzungen, Bedingungen und das Potenzial von Architektur, Städtebau und Stadtplanung im Roten Wien. Moderation: Monika Platzer, Sammlungsleiterin und Kuratorin im *Architekturzentrum Wien*.

PLATZER Wann immer die Ära des Roten Wien und seine sozialpolitischen Errungenschaften zwischen 1919 und 1934 zur Sprache kommen, stehen das Wohnbauprogramm und die Gemeindebauten im Fokus der Betrachtungen. Gab es in der Wiener Sozialdemokratie eine klare theoretische oder architektonische Idee, wie eine sozialdemokratische Stadt aussehen sollte? **BLAU** Theoretisch gab es eine Vorstellung davon, wie die sozialistische Stadt oder besser gesagt die Stadt des Proletariats aussehen sollte und wie wichtig eine städtische Kultur und urbanes Leben für die

Arbeiterklasse seien. Das war für sozialistische Theorien zentral und speziell für die Austromarxisten, die sich darin vom orthodoxen Marxismus unterschieden, der eher für eine Auflösung der Stadt plädierte. Für die Orthodoxen war die Stadt eine kapitalistische Struktur, die es nicht wert war, erhalten zu werden. Sie strebten nach anderen Formen von Agglomeration. Die Austromarxisten

sahen das anders: Für sie war die Stadt genau die richtige Umgebung für das Proletariat. Aber sie hatten keine klare Vorstellung, wie die proletarische Stadt aussehen sollte. Sie hatten auch keine klare Idee, welche Form der kommunale Wohnbau und der Lebensbereich des Proletariats annehmen sollten.

PLATZER Folglich war die Zielgruppe der roten Stadtverwaltung das Proletariat, die Arbeiterschaft. Wie unterschieden sich die Wohnbedingungen zur Zeit der Monarchie von jenen der Ersten Republik? Stellte das Neue Wien ein Gegenmodell zur liberalen Stadtplanung der Ringstraßen-Ära dar? **BLAU** Die Austromarxisten wussten nicht, wie der Wohnbau sein sollte, aber sie wussten genau, wie er *nicht* sein sollte: das Bassenahaus, das Haus mit Gangküche. Gerade die frü-

hen Debatten um den Wohnbau drehen sich um die Frage, was durch das neue Modell des Wohnens ersetzt werden sollte. Das neue Haus sollte keine dunklen Ecken mehr haben, fließendes Wasser und Toiletten sollten nicht mehr von allen BewohnerInnen am Gang geteilt werden müssen, es sollte keine Räume mehr geben, die nicht von Tageslicht durchflutet werden. Diese Vorgaben wurden zur konkreten Agenda für das Wohnbauprogramm. Mit der Suche nach Alternativen zu den Problemen in den alten Häusern fing alles an.

PLATZER Welche Wohnformen wurden präferiert und in die Praxis umgesetzt, und kam es zum Einsatz unterschiedlicher Bebauungstypologien? **BLAU** Das war ein langwieriger Prozess, der von verschiedenen Experimenten und unterschiedlichen Praktiken geprägt war. Die entstandenen Lösungen können eigentlich nur als Resultate von Versuchen verstanden werden. Mit Praxis meine ich sowohl die architektonische Praxis, die unterschiedlichen Methoden des Entwerfens wie auch den unterschiedlichen Umgang mit Ideen. Der Grund dafür war, dass die Sozialdemokraten viele ideologische und politische Ideen hatten, aber keine architektonischen. Der Wohnbau des Roten Wien beruhte zunächst auf der Siedlerbewegung, die in Wien nicht dem Modell der Gartenstadt folgte, sondern aus dem einfachen Bedürfnis entstand, Obst und Gemüse anzubauen.

PLATZER Demnach stand im Zentrum des kommunalen Siedlungsbaus die Selbstversorgung der BewohnerInnen? **BLAU** Ja, und in den ersten Entwürfen waren diese Siedlungen wirklich Gartensiedlungen mit einem produktiven Anbaubereich, wo Gemüse geerntet werden konnte. Tatsächlich war der Garten der zentrale Teil eines Siedlungshauses. Er war viel größer als der Wohnraum, ein dem Ackerbau gewidmeter Garten, an den sich ein kleines Haus anschloss. Wichtige Architekten waren bei der Planung dieser Siedlungen beteiligt, wie Adolf Loos oder Josef Frank, aber auch Intellektuelle wie Otto Neurath steuerten Ideen zu dieser Form des Wohnbaus bei. Wohnbau ist genau genommen der falsche Begriff für diese Siedlungen. Es ging in der Siedlerbewegung darum, die Art und Weise, wie man in einer Stadt lebt, nachhaltig zu verändern. Die Regierung hatte während des Kriegs völlig darin versagt, die Bevölkerung ausreichend mit Nahrung und Wohnmöglichkeiten zu versorgen. Deshalb nahmen sich die StadtbewohnerInnen selbst dieser Sache an. Deswegen kann man diese Bewegung auch nicht mit der Gartenstadt vergleichen, die vor dem Ersten Weltkrieg in einem bürgerlichen Milieu entstanden ist.

PLATZER Das ursprünglich von Ebenezer Howard entwickelte Konzept der Gartenstadt kam seit Beginn des 20. Jahrhunderts besonders häufig im Deutschland zum Einsatz. In Wien, wie bereits von dir angesprochen, verfolgt man ein anderes Siedlungsmodell. Welche Beweggründe stehen hinter der Wiener Siedlungsbewegung, wo ist diese in der Stadt verortet, und wie ist der ab 1923 erfolgte Wechsel zum Geschoßwohnbau zu erklären? **BLAU** Ursprünglich war die Siedlerbewegung nichts anderes als eine akute Selbsthilfe: Leute haben damit begonnen, Obst und Gemüse in öffentlichen Parks anzupflanzen, weil sie ihren Hunger stillen wollten. Auch die Hütten und Anlagen der Schrebergärten, die es seit dem 19. Jahrhundert gab, wurden ein Teil dieser Bewegung. Insgesamt war es zu Beginn eine inoffizielle, informelle Bewegung. Doch dann wurde die Sozialdemokratie aktiv, und ihr erster Bürgermeister, Jakob Reumann, unterstützte die Bewegung, und eine Gruppe von Architekten und sozialistischen Intellektuellen, wie etwa Gustav Scheu, trug ihren Teil zur theoretischen und praktischen Weiterentwicklung bei. Die Siedlungen haben im kleinen Rahmen angefangen, zum Beispiel im Lainzer Tiergarten. 1923 gab es dann eine Zeit des Übergangs, als sich die Wirtschaft etwas stabilisierte. Erst ab diesem Zeitpunkt war es für die Sozialdemokratie möglich, diese Bewegung zu organisieren und den Wohnbau zu finanzieren. Letzteres geschah durch die Wohnbausteuer, deren Erträge, wie der Name programmatisch verkündet, direkt in den Wohnbau flossen. Als diese Steuer

eingeführt wurde, stand ein relativ großes Budget zur Verfügung. In der Zwischenzeit, um auf deine Frage nach den Orten zurückzukommen, hatte die Stadt über Mittelsmänner größere Flächen Land günstig erworben und damit die Vorbedingungen geschaffen, Wohnungen zu errichten. Aber die Stadt Wien hatte sich noch nicht entschieden, wie diese Wohnbauten aussehen sollten. Meine Vermutung ist, dass der Übergang von 1923, vom Siedlungsbau zum mehrgeschoßigen Wohnbau, sowohl mit den neuen Einnahmen zu tun hatte als auch mit juristischen und konstitutionellen Aspekten. Denn Wien konnte sich faktisch nicht weiter ausdehnen, als es das Gesetz von 1883 festgelegt hatte. Ohne eine Änderung der Verfassung war eine Ausweitung der Stadtgrenzen nicht möglich. Eine solche Änderung und damit die Möglichkeit, ausreichend Raum für Siedlungen zu haben, hätte sehr viel Zeit gebraucht. Der andere Grund war, dass die Siedlerbewegung durch die Überwindung der Versorgungskrise und der Hyperinflation ihre ursprünglichen Ziele verloren hat und so die Prioritäten verschoben wurden. Es ging nicht mehr in erster Linie darum, die hungernde Stadtbevölkerung mit Nahrung und provisorischen Unterkünften zu versorgen, sondern darum, dem urbanen Proletariat dauerhaft Wohnraum, soziale Infrastruktur und Beschäftigung zu verschaffen. Das bedeutete nicht nur eine Änderung der Wohnungspolitik, sondern auch eine komplette Reorganisation der administrativen und technischen Aufgaben.

PLATZER Über zwei der von dir genannten Aspekte wird gegenwärtig intensiv diskutiert. Das ist einerseits der Umgang mit dem städtischen Raum und andererseits die Thematik der Bodenpolitik. Seit 1922, als Wien ein eigenständiges Bundesland wurde, wird Wien topografisch wie eine Insel vom Bundesland Niederösterreich umschlossen und in seiner räumlichen Expansion beschränkt. Eine Herausforderung für eine Stadt, die seit Jahren kontinuierlich wächst und einen starken Zuzug zu bewältigen hat. **HEINDL** Ich denke, dass genau darin das Potenzial unseres Gesprächs liegt. Man kann die historische Situation mit der heutigen nur insofern vergleichen, als man versucht, Analogien zwischen beiden produktiv zu machen. Wien ist auch heute topografisch wie politisch eine Insel. Und auch heute ist es wieder zunehmend schwierig, eine leistbare Wohnung zu finden, obwohl es in Wien aufgrund der Geschichte des Roten Wien noch eine relativ gute Ausgangssituation gibt. Dennoch besteht ein gravierender Unterschied zu früher, den wir noch nicht erörtert haben. Es gab zu Beginn des Roten Wien Vorleistungen aus der Monarchie und der Zeit des Ersten Weltkriegs: die *Verordnung über den Schutz der Mieter*, die gewährleisten sollte, dass die Soldaten und ihre Familien ihre Wohnungen



nicht verlieren. Das Rote Wien hat diese in einem starken MieterInnenschutz weitergeführt – Einfrieren der Mietzinse auf dem Preisniveau von 1914 (der sogenannte Friedenszins), Trennung von Miete und Betriebskosten, Kündigungsschutz und Meldepflicht – und so verhindert, dass mit Wohnraum Profite gemacht werden konnten. Gemeinsam mit der selbst organisierten SiedlerInnenbewegung hat das Rote Wien so Stück für Stück den Wohnungen den kapitalisierten Charakter genommen. Und genau hier liegt der größte Unterschied zur heutigen Situation: Heute sind Wohnungen eine der sichersten und profitabelsten Investitionsmöglichkeiten. Die Regierungen, und leider kann man die derzeitige Wiener Stadtregierung nicht davon ausnehmen, sind nicht mehr stark genug, um selbst aktiv zu werden, sondern sie setzen die allseits dominante Austeritätspolitik fort und vertrauen darauf, dass private Bauträger investieren und Wohnungen errichten. Heute verschiebt sich in Wien das Verhältnis von sozialem, gefördertem, reguliertem zu unbeschränktem, privatem Wohnbau. Damit verschiebt sich auch das Verhältnis von Miete und Eigentum. Wohnen wird zur Investitionsanlage. Deshalb können sich in Wien viele Menschen das Wohnen nicht mehr leisten. Am schlimmsten ist, und das möchte man am liebsten gar nicht laut sagen, dass man in der Zwischenzeit von einer neuen Form von »Bettgebern« sprechen muss: Menschen, die keinen Zugang zum sozialen Wohnbau, zu dieser hundertjährigen Geschichte und Tradition haben und sich de facto auch keinen einzelnen privaten Wohnraum mehr leisten können, sich also Zimmer zu mehr teilen müssen. Plötzlich ist Wien wieder mit Situationen konfrontiert, die man längst für überwunden gehalten hat. Der große Unterschied zur Zwischenkriegszeit ist also, wie die damalige Stadtregierung proaktiv auf Probleme des Kapitalismus reagiert hat.

PLATZER Du sprichst einen wichtigen Punkt an, nämlich die Anwendung von kommunalen Steuerungselementen. Ein politisches Instrumentarium, das bereits im Roten Wien unter anderem mit der Wohnbausteuer zum Einsatz kam und bis heute in unterschiedlicher Weise angewendet wird. Die neue Widmungskategorie für den geförderten Wohnbau steht in dieser Tradition, überall, wo künftig Flächen in Wohngebiet umgewandelt werden, müssen zwei Drittel davon für den sozialen Wohnbau reserviert werden. In diesem Zusammenhang sind die städtebaulichen Verträge mit den Bauträgern und Investoren zu sehen, die einen Rückfluss von monetären Gewinnen zugunsten der Allgemeinheit gewährleisten sollen. Gleichzeitig ist anzumerken, dass der Druck auf Kommunen in Hinblick auf leistbaren Wohnraum ein globales Problem darstellt, das nach innovativen Lösungsansätzen beziehungsweise Steuerungsinstrumenten verlangt. Im internationalen Vergleich

nimmt Wien mit seinen 220.000 unter kommunaler Verwaltung stehenden Wohnungen nach wie vor eine Vorreiterrolle beim Thema leistbares Wohnen ein. **HEINDL** Wir springen jetzt zwischen Vergangenheit und Gegenwart, aber ich denke, Letzteres hat mit Ersterem sehr viel zu tun. Die Bauordnungs-Novelle Ende 2018 zeigt die Richtung an, wie auf die Preisexplosion auf dem Grundstücksmarkt reagiert werden kann. Ich finde es wichtig, dass bei der Preisdeckelung des Bodens steuernd eingegriffen wird. GrundstückseigentümerInnen sprechen von Quasi-Enteignung, dabei handelt es sich aber nur um einen Steuerungsakt. Die Stadtregierung definiert: Jedes neue Grundstück, das zum Wohngebiet umgewidmet wird, wird zugleich auch auf die Kategorie »geförderter Wohnbau« umgewidmet, und wenn das so ist, dann müssen zwei Drittel der Fläche, die bebaut wird, geförderter Wohnbau sein. Und das hat eine Auswirkung auf den maximalen Verkaufspreis für diese zwei Drittel. Hier möchte ich noch einen anderen Aspekt hinzufügen. Vielleicht geht es heute auch um eine Änderung der Rhetorik, womit wir wieder beim Roten Wien sind, das es nämlich sehr gut verstanden hat, Affekte einzusetzen – nämlich positive, keine dumpfen – und zu vermitteln, dass ein Aufbruch gelingen kann. Auch heute muss über eine Rückverteilung gesprochen werden, wenn enorme Gewinne mit dem städtischen Raum gemacht werden. Es geht dabei nicht darum, jemandem etwas wegzunehmen, sondern darum, dass die Öffentlichkeit weniger verschenkt. Letztlich werden die planungstechnischen oder infrastrukturellen Wertsteigerungen von uns allen mitgetragen, ja auch erzeugt. Es sind öffentliche Maßnahmen, die uns alle betreffen und wovon auch alle im gleichen Maße profitieren sollten. Boden ist letztlich wie Wasser und Luft, etwas, das wir alle brauchen. Er ist keine Ware. Daher ist eine Monopolisierung des Bodens eines der größten Probleme unserer Zukunft.

PLATZER Kehren wir wieder zu den historischen Anfängen zurück. Welche Planungsinstrumente oder Rahmenbedingungen haben die Kommunalpolitiker des Roten Wien eingesetzt? **BLAU** Die Bedingungen waren tatsächlich ganz andere als heute. Grundstücke waren billig, weil viele Besitzer kein Geld mehr hatten und ihre Grundstücke verkaufen mussten. Deshalb stand viel Land zum Verkauf, und die Lage auf dem Markt war eine unvergleichbar andere. Daher war auch der Druck, Leute zu enteignen, relativ gering. Und zugleich gab es Instrumente wie die erwähnten Steuern. Die Steuern auf Bauland waren zum Beispiel deutlich höher als auf anderes Land. Aber eigentlich ist die Frage der Steuerung eine umfassendere. Es ging zwar auch um Grund und Boden, doch eigentlich um etwas noch Grundlegenderes, nämlich darum, BürgerIn einer Stadt zu sein und das Recht auf eine Stadt zu besitzen. Die Politik des Roten Wien

kann man nicht auf ein Wohnbauprogramm reduzieren. Es wurden zwar unglaublich viele Häuser gebaut, es ging aber um die Stadt, darum, Raum für die BewohnerInnen zu schaffen. Die Gemeindebauten wurden mit einer sozialen Infrastruktur ausgestattet, die selbst ein zentraler Bestandteil des Roten Wien war: Spitäler, Zahnkliniken, Bibliotheken, Kindergärten, Sportplätze, Erziehungsberatungsstellen et cetera. Die Gemeindebauten waren sozusagen Medien, um die neuen Institutionen des Roten Wien in der ganzen Stadt zu verteilen und ein enorme soziale und technische Infrastruktur zu errichten. Man muss einräumen, dass die Sozialdemokraten dazu auch deshalb fähig waren, weil die Vorgängerregierung die technische Infrastruktur, die dazu nötig war, bereits errichtet hatte. Der Generalregulierungsplan aus den 1890er Jahren, der die Stadtbahn, die Wasserversorgung oder die Kanalisation plante und realisierte, erlaubte es den Sozialdemokraten, sich auf die soziale Reproduktion zu konzentrieren. Die Grundstücke und der darauf gebaute Wohnbau erlaubten also



die Distribution sozialer Einrichtungen, die sowohl den BewohnerInnen der Gemeindebauten als auch den BewohnerInnen der umliegenden Straßen und Gassen zugutekamen. Der andere Aspekt des Bauprogramms des Roten Wien – für mich der bessere Begriff

anstelle von Wohnbauprogramm – bestand darin, dass eine enorme Menge an öffentlichem Raum besetzt wurde, der sonst für private Investoren zur Verfügung gestanden wäre. Die Bauordnung, die seit 1883 unverändert bestand, hätte eigentlich eine dichte Bebauung von bis zu 85 Prozent einer Grundstückspartzele erlaubt. Aber die Stadt nutzte das nicht aus, sondern beschränkte sich auf weniger als 50 Prozent eines Grundstücks, in manchen Fällen waren es sogar nur 20 Prozent. Die Bauten selbst waren offen gegenüber ihrer Umgebung und schufen damit etwas, das aus der modernen Stadt eigentlich verschwunden war, das in kapitalistischen Städten keinen Platz mehr hatte, einen ambivalenten Raum, der halb-öffentlich, halb-privat war und immer noch ist. Als ich das erste Mal nach Wien kam und mir die Gemeindebauten angeschaut habe, konnte ich, was mich sehr überraschte, überall hinein. **HEINDL** Hier möchte ich kurz einhaken, denn das ist ein sehr interessanter Punkt. Unter allen ForscherInnen, die sich mit dem Roten Wien beschäftigt haben, fand ich deine Position hier einzigartig, denn viele KritikerInnen des Roten Wien behaupten, dass sich die

Ursprünglich war die Siedlerbewegung nichts anderes als eine akute Selbsthilfe: Leute haben damit begonnen, Obst und Gemüse in öffentlichen Parks anzupflanzen, weil sie ihren Hunger stillen wollten.

EVE BLAU

Gemeindebauten gegenüber ihrer Umgebung abschließen. Ich möchte aber deine Beobachtung unterstützen. Wenn ich heute zum Beispiel durch den Rabenhof gehe und den Raum mit einem privaten Wohnbau vergleiche, sehe ich große Unterschiede: Für den Rabenhof kann die Öffentlichkeit entscheiden, ob dieser Raum offen sein soll oder nicht. Hier ist die Idee eines Gemeinguts realisiert, das nicht mit einem Privateigentum vergleichbar ist, das einige wenige für sich beanspruchen. Am Gemeindebau sind alle BewohnerInnen der Stadt beteiligt, nicht nur wenige Besitzende. Die Stadt Wien gestaltet diese Grundstücke in vielen Fällen offen, und trotzdem besitzt der Gemeindebau eine klare

Struktur und eine Verbindung zu seinen unmittelbaren BewohnerInnen. Du hast auch eingebracht, dass die städtische Infrastruktur großteils bereits vorhanden war und die Sozialdemokraten sich deshalb auf den Wohnbau konzentrieren konnten. Was aber fehlte im Roten Wien, war Städtebau, der übrigens immer noch fehlt. Die Stadt wurde durch den Wohnbau geplant, aber als Stadt selbst fehlte ihr ein klares Konzept. Mir drängt sich folgende Frage auf: Ging es dem Roten Wien wirklich um die Stadt? Ich meine nämlich: Ein demokratisches Konzept von Stadt zu haben, das würde auch bedeuten, die Stadt für alle zu öffnen und jedem Zugang zur Infra-

struktur und zu den Gemeindebauten zu ermöglichen. Ich denke, ich bin hier etwas skeptischer als du. Wäre es wirklich um die Stadt gegangen, hätte es um mehr gehen müssen als um die Versorgung mit Wohnbau, mit Bibliotheken, Schwimmbädern und Waschräumen. Diese Vielfalt der Bauprogramme ist zu schätzen, dennoch sollte das Verhältnis zur Stadt selbst noch einmal genauer ausgelotet werden.

PLATZER Das bringt uns zu der Frage, ob es einen Städtebau im Roten Wien gab? **BLAU** Ich würde zustimmen, dass es im Roten Wien kein zentrales Konzept für den Städtebau gab. Aber es gab einige klare Konzepte, was eine Stadt ist und welche Vorteile eine Stadt bietet. Es gab auch einige Versuche, einen klaren Plan für die Stadt zu entwickeln. Otto Neurath, einige Architekten wie Adolf Loos oder Josef Frank versuchten das im Rahmen des Generalarchitekturplans, eines dreidimensionalen Konzepts. Es war ein Versuch, über die Stadt als Ganzes nachzudenken und sie in ihrer Dreidimensionalität zu verstehen. Der Plan wurde nie als Ganzes realisiert, sondern nur in kleineren Projekten, auch weil die Kapazitäten fehlten, um einen so umfangreichen Plan umzusetzen. Die Wohnbausteuer sollte eigentlich für diesen Stadtplan aufgewendet werden,

aber es kam nicht dazu. Der Grund, warum der Typus des Gemeindebaus in seiner architektonischen und städteplanerischen Form für mich angewandte Stadtplanung darstellt, ist, dass Gemeindebauten die Art und Weise verändern, in der ein städtischer Raum genutzt wird. Ich habe lange überlegt, woher diese Idee stammt, und ich denke, dass Otto Wagners Stadtbahn dafür entscheidend war. Die Stadtbahn war ein technisches und gestalterisches Projekt, das die gesamte Stadt umfasste, und gleichzeitig wurde es in die existierende Stadt integriert und verband dabei das Alte und das Neue. Es ging darum, sich in das Alte zu integrieren, aber auch darum, es zu transformieren. Und einige der Architekten, die während des Roten Wien die größten Aufträge für Gemeindebauten erhielten, arbeiteten davor für Otto Wagner an der Realisierung der Stadtbahn. Daher scheint mir die These plausibel, dass hinter den Gemeindebauten eigentlich die Stadtbahn steckt. Das Wichtigste der Wagner-Schule bestand darin, städtisch zu bauen und darüber nachzudenken, wie Architektur eine Stadt organisieren kann. **HEINDL** Das verweist auf eine sehr aktuelle Diskussion. Soll man sich dem Städtebau eher über architektonische Formen oder über städtische Planung annähern? Diese Debatte gibt es immer noch in Wien, und sie reicht zurück bis ins Rote Wien und davor. Vom Generalarchitekturplan blieb nicht viel übrig; lasst uns also über die Architektur in ihrem Verhältnis zur Stadt sprechen: Ist es sozusagen historische Gewöhnung, dass man die Bauten des Roten Wien als »gewachsen« empfindet? Oder sind es auch die Materialien des Roten Wien, auf



die wiederholt hingewiesen wurde, die diese sekundäre Natürlichkeit der Gemeindebauten ausmachen? Der Ziegelstein ist ein proletarisch konnotiertes Material und war zugleich eine pragmatische Materialwahl, nämlich insofern, als die Stadtregierung damit Arbeitsplätze für im Ziegelbau versierte Arbeiter geschaffen hat. Deshalb sehen die Wiener Gemeindebauten der Zwischenkriegszeit so anders aus als die zeitgleichen Stahlbeton-Wohnbauten in Frankfurt. In Wien kann man, ohne es romantisch verklären zu wollen, die Materialien, das Handwerk, die Ausgestaltung der Details bemerken und sehen, wie diese Gebäude mit der speziellen Geschichte der Stadt verbunden sind. **BLAU** Zunächst vielleicht zu diesem Gefühl, dass die Gemeindebauten

Wir kennen ja die Situation, dass die meisten Leute, wenn sie »Gemeindebau« hören, damit Armut und niedrige Standards assoziieren, und ich frage mich, wie wir wieder dorthin kommen, diese Wohnform als stolze bauliche Errungenschaft zu sehen.

GABU HEINDL

zu Wien »gehören«. Wenn man als Gast durch Wien spaziert, kann man die Gemeindebauten erkennen, sie stechen heraus, obwohl sie sich zugleich stark voneinander unterscheiden. Immerhin haben mehr als 190 ArchitektInnen an ihnen mitgewirkt. Manche sind sehr modernistisch, andere nicht, aber es gibt bestimmte Dinge, die alle auszeichnen. Sie hatten genormte Fenster, die ganz anders waren als alle sonst sichtbaren Fenster. Die Proportionen waren andere, sowohl der Fenster wie auch der Räume, die niedriger waren als davor. Daran konnte man einen Gemeindebau sofort erkennen. Daneben gab es noch bestimmte typologische Aspekte, etwa die Eingangsbereiche und die Portale oder die großen Höfe. All das waren eindeutige, identitätsbildende Eigenschaften dieser Form von Wohnbau. Gleichzeitig fügen sich diese Bauten in die Stadt. Sie besitzen eine Identität und nehmen zugleich Aspekte ihrer Umgebung, wie Proportionen und architektonische Sprache, auf. **HEINDL** Du hast die Fenster und die Wiedererkennbarkeit erwähnt. Für mich taucht bei den kleinen Fenstern die Assoziation »Existenzminimum« auf; es wäre interessant, ob man auch schon damals in diese Richtung assoziiert hat. Denn die Wohnungen waren ja sehr klein. Das entsprach dem politischen Programm der Sozialdemokratie, viele, aber kleine Wohnungen zu bauen.

PLATZER Was ist mit »klein« gemeint? **HEINDL** Das Rote Wien wurde beim *Internationalen Wohnungs- und Städtebaukongress* 1926 dafür kritisiert, dass die Wohnungen zu klein wären. Daraufhin wurden die Grundrisse minimal vergrößert. Es war aber eine klare politische Entscheidung, auf die Quantität im Wohnungsbau zu setzen. Man konnte damit viele Leute mit Wohnraum versorgen. Die kleinen Fenster, symptomatisch für die kleinen Wohnungen – damals im Vergleich zu den Zuständen in der gründerzeitlichen Struktur eine Errungenschaft –, sind längst zu Symbolen für die Beschränkung des Massenalltags auf Minima geworden. Wir kennen ja die Situation, dass die meisten Leute, wenn sie »Gemeindebau« hören, damit Armut und niedrige Standards assoziieren, und ich frage mich, wie wir wieder dorthin kommen, diese Wohnform als stolze bauliche Errungenschaft zu sehen. **BLAU** Ich denke nicht, dass die kleinen Fenster auf dieses »Minimum« anspielen sollten. Einen Aspekt muss man bei den Proportionen der Wohnungen aber noch hervorheben: Sie waren niedriger. **HEINDL** Aber auch

das ist ein Minimum. **BLAU** Es hängt davon ab, was du unter »Minimum« verstehst. **HEINDL** Alles zu reduzieren im Vergleich zur gründerzeitlichen Stadt: die Höhe der Räume, die Größe der Zimmer, die Dimension der Fenster ... **BLAU** Aber jeder Raum, und das war Teil der Vorgaben, musste zumindest ein Fenster haben. **HEINDL** Was für eine Leistung! **BLAU** Das war eine große Leistung für das Wien dieser Zeit. Davor hatten die Wohnungen zwar sehr hohe Räume, einen Richtung Gang, einen in den engen Hinterhof oder auf die Straße, aber in einem dieser beiden Räume gab es kaum Tageslicht. **HEINDL** Du sprichst über die Bassenawohnung?

PLATZER Das Gangküchenhaus mit dem dunklen Hinterhof. **BLAU** Ja, es waren hohe, aber dunkle Räume. Die neuen Fenster der Gemeindebauten waren zur Form dieser Räume proportional. Es waren diese Proportionen, die als modern galten. Auch in Frankfurt oder Berlin wurden die Proportionen des modernen Wohnraums neu entworfen, und man kam zu dem Schluss, dass die Wohnungen nicht so hoch sein müssen und die Räume zwar klein, aber hell sein sollten. Der andere Aspekt der Gemeindebauten war, dass die Wohnung nicht als der ganze Lebensbereich verstanden wurde. Genau deshalb befand sich die Wohnung ja in einem Gemeindebau. Die Kindergärten, die Büchereien, all die Institutionen waren Teil dieses Lebensbereichs, und eine große Zeit des Privatlebens wurde in diesen Einrichtungen verbracht. Natürlich steht außer Frage, dass damit ein politisches Programm verbunden war, dass die Leute einen Teil ihrer Freizeit in politischen Organisationen verbringen sollten. Mit anderen Worten komme ich wieder zu dem Punkt, dass sich die Wiener Gemeindebauten nicht auf Wohnen reduzieren lassen. **HEINDL** Ich stimme zu. Das Konzept ist ja auch heute noch interessant: kleinere Wohnungen – und zusätzlich die Stadt als Erweiterung des privaten Raums zu verstehen. Als Gegenprogramm zu gewissen heutigen Wohnmodellen, in denen alles in die eigene Wohnung integriert wird: Anstatt Leute in einem Park zu treffen, hat man seinen eigenen Park auf der Terrasse. Aber im Fall der kommunalen Wohnbauten stellt sich die Dauerfrage, welche Gemeinschaftseinrichtungen der heutigen Zeit entsprechen: Es sind ja nicht mehr Waschküchen, in denen sich Leute gerne treffen. Oder: Wofür können die Gemeinschaftsorte in den Gemeindebauten des Roten Wien heute verwendet werden? Wenn Parteilokale leer stehen und nicht mehr in Anspruch genommen werden. Ich meine also, es muss darüber nachgedacht werden, wie man mit diesen Orten umgeht. Aus dieser Debatte kann auch etwas für den zeitgenössischen Diskurs gewonnen werden, wenn man etwa an Smart Housing denkt. Auch beim Smart Housing besteht der Grundgedanke darin, so viele Wohneinheiten

so günstig wie möglich herzustellen. Hier könnte also eine kritische Auseinandersetzung mit dem Roten Wien auch die gegenwärtige Debatte bereichern. Ist es immer noch erstrebenswert, minimale Wohneinheiten zu bauen? Und: Was sind heute die sozialen Erweiterungen dieser Wohneinheit? **BLAU** Ja, bestimmte Dinge müssen aktualisiert werden. Das Rote Wien war ein Produkt seiner Zeit. Es gab viele historische Voraussetzungen und Einschränkungen. Nur wenn man auch diese reflektiert, kann man das Rote Wien verstehen. Was es am Roten Wien besonders aus heutiger Perspektive zu feiern gibt, ist das Denken und der Ansatz, der das alles hervorgebracht hat. Was sind die heutigen Bedingungen? Was wird heute benötigt? Wie stellen wir uns heute eine Stadt vor? Wie können wir den Menschen den Zugang zur Stadt erleichtern? Es ist ein Denken, das danach fragt, wie man eine Stadt gestalten kann. **HEINDL** Und wer sind die BewohnerInnen dieser Stadt? Wer ist das Proletariat von heute? Solange Wien so viele Leute aus dem Gemeinschaftsleben, vom Zugang zum sozialen Wohnbau ausschließt, nämlich die, die nicht in Wien geboren sind oder nicht lange genug hier leben, ist diese Frage virulent. Migration ist das zentrale Thema heute – und war es ja auch schon vor hundert Jahren. Wer sind die Menschen, die heute Chancen brauchen, um diese neue Stadt mitzugestalten? **BLAU** Vielleicht kann man das Folgende vom Roten Wien lernen: Damals wurde versucht, und das sollten wir auch heute versuchen, die Gesellschaft dadurch zum Besseren zu verändern, indem man die Stadt verbessert. Städte sind der richtige Ansatz, weil sie ökonomisch globale Schnittstellen sind, wo Fremdes aufeinandertrifft und Differenzen sichtbar werden. Vielleicht ist das – auf einem sehr abstrakten Niveau – die größte Lektion, die man vom Roten Wien lernen kann.

PLATZER Wir begehen dieses Jahr nicht nur hundert Jahre Rotes Wien, sondern auch hundert Jahre Bauhaus. Während das Rote Wien von der Kommune ausging, entstand das Bauhaus aufgrund einer persönlichen Initiative von Walter Gropius, die enge Zusammenarbeit mit der Industrie und die industrielle Massenproduktion waren ein Bauhaus-Leitgedanke. Das scheint mir ein wichtiger Unterschied zu sein, wenn nicht sogar das Gegenmodell zum Roten Wien. Dem Roten Wien wird ja vorgeworfen, nicht modern zu sein, nicht mit dem Bauhaus oder dem Neuen Frankfurt mithalten zu können. Wiederholt wird dem Roten Wien von der Kritik der Avantgardestatus abgesprochen. **HEINDL** Du sprichst jetzt zwei Themen an. Das eine ist die Ästhetik und die Bauart des Roten Wien, die sich großteils sehr vom Bauhaus oder vom Neuen Frankfurt unterschieden hat. Und das andere ist die Frage nach dem Gegensatz von Kollektivem und Privatem. Natur-

lich hat das eine mit dem anderen zu tun. Was bei den Gemeindebauten ins Auge springt, ist ja die wunderbare Ansage in Rot: »Erbaut von der Gemeinde Wien aus den Mitteln der Wohnbausteuer«. Leider sind aus den großen roten Lettern nach dem Zweiten Weltkrieg kleine Tafeln geworden, auf denen dann ein Politiker (Bürgermeister, Stadtrat) sozusagen als Mäzen genannt wird und vielleicht noch der Architekt. Aber die ursprüngliche, anonyme Aufschrift auf den Gemeindebauten ist bemerkenswert, denn sie verweist nicht nur auf eine Zeit, in der man pragmatisch-technisch eine progressive Umverteilungssteuer organisierte, sondern in der man das auch noch stolz auf die Fassade jedes Gemeindebaus geschrieben hat. Das Rote Wien hat diese Steuer zu seinem Siegeszeichen gemacht. Welche Regierung würde das heute machen? Was mich für die Gegenwart interessiert, ist ein neues Verhältnis zwischen Stadt und Zivilgesellschaft, zwischen Top-down und Bottom-up. Ich bin überzeugt, man kann das neoliberale Schlamassel, in dem wir stecken, nicht beenden, ohne eine Kombination aus beidem. Der Wille zu einem Systemwechsel artikuliert sich ja bereits – in BürgerInneninitiativen, in Demonstrationen et cetera. Aber es wird trotzdem Regulierungsformen, Instrumente und Gesetze brauchen. Wie diese Balance gelingen kann, politisch Verantwortung zu übernehmen, ohne paternalistisch zu sein, und eben Freiräume zuzulassen, in denen sich Menschen selbst organisieren können, ist eine zentrale Frage. Diese Freiräume waren immer klein, schon im Roten Wien. Das ist für mich eine echte Zukunftsaufgabe, und hier könnte die Gegenwart viel aus einer kritischen Auseinandersetzung mit der Vergangenheit lernen.

PLATZER In diesem Zusammenhang möchte ich das Problem der fortschreitenden sozialen Fragmentierung ansprechen, die bereits im Gemeindebau des Roten Wien mit seiner Zielorientiertheit in Richtung Arbeiterschaft ihren Anfang nimmt. In den 1990er Jahren begann Wien mit seinem »Themenwohnbauen«, ich erinnere an die *Frauen-Werk-Stadt*, *Integratives Wohnen* oder die *Autofreie Muster-siedlung*. Welche Implikationen haben diese thematischen Brandings in Bezug auf eine zunehmend diversifizierte Gesellschaft? **BLAU** Ich denke, das hat allgemein mit unserem neoliberalen Denken zu tun. Wir glauben, dass die Stadt aus bestimmten Gruppen oder Gemeinschaften besteht. Sie teilen sich die Stadt auf, und man gehört zu einer von ihnen oder gehört zumindest nicht zu einer anderen. Aber die Vorstellung, dass man eigentlich ein Teil der Masse ist, einer größeren Gemeinschaft, und dass jeder Steuern zahlt, um diese Gemeinschaft zu unterstützen, das ist ein politisches Projekt. **HEINDL** Und jetzt, da wir darüber reden, denke ich, es ist schön, dass die Gemeinde-

bauten »Gemeindebauten« heißen und nicht »Massenwohnbauten«, weil es die Masse – an der allerdings nichts schlecht ist – in Gemeinde übersetzt. Kritisch zu hinterfragen aber ist, wie »Gemeinde« definiert wird: solidarisch oder geschlossen? **BLAU** Ich möchte noch etwas unterstreichen, das ich für wirklich interessant halte. Wir haben uns vorhin über die Erscheinung der Gemeindebauten unterhalten und über die Wagner-Schüler. In meiner ganzen Arbeit und Forschung zur Geschichte der Architektur ist mir aufgefallen, dass in einer Zeit des Übergangs und der politischen Konflikte, wenn zentrale Planung unmöglich ist, weil sich keine langfristigen Perspektiven anbieten und große Investitionen nicht getätigt werden können, sich plötzlich Gestaltungsräume für architektonische Praktiken öffnen, die so die Rolle der Politik übernehmen können. Ich glaube, genau das ist im Roten Wien passiert. Die städtische, architektonische Praxis, die in Wien seit Langem existierte und sich in der Schule von Otto Wagner konsolidiert hatte, übernahm eine politische Rolle und gestaltete die Stadt. **HEINDL** Hier könnten wir die Debatte abermals drehen und nun für weniger Stadtplanung plädieren. Aber ich glaube, es geht auf keinen Fall um weniger Planung, sondern weniger von solchen Prozessen, bei denen die kooperative Konstellation vor allem Profitinteressen dient, die dann vorgeben, was am gemeinsamen Planungstisch verhandelt werden kann.

PLATZER Könnte man nicht zudem sagen, man bräuchte wieder mehr Städtebau statt Einzelplanungen? **BLAU** Ich unterrichte Urban Design. Es geht also nicht um große Gebäude, sondern um dreidimensionales Denken und um politische Prozesse. In einem meiner Einführungsseminare geht es um die große Frage, was Urban Design denn sei. Es gibt eine physische und eine politische Dimension. Es darf nicht zu abstrakt werden wie Planung, sondern muss eine materielle Dimension bewahren. Und es muss politische Konflikte zulassen beziehungsweise damit umgehen. **HEINDL** Gerade der Umstand, dass das Rote Wien nicht hochmodernistisch, nicht avantgardistisch war, ist für Europa eine gute Lektion, da hier die Städte immer schon auf einer historischen Vorleistung aufbauen. Es ging nicht ums Bauen auf der grünen Wiese oder darum, alles nach dem neuesten Stand der Wissenschaft zu realisieren. Eher ging es dem Roten Wien darum, ein Stück der Stadt als Teil der bestehenden Stadt zu realisieren, Wohnungen, die sich um einen Hof organisieren oder sich an einem Gemeingut orientieren.

PLATZER Zugleich möchte ich an dieser Stelle einwerfen, dass im Roten Wien kein Traditionsbruch stattfand. **BLAU** Es ging um ständige Modifikationen.

Es ging nicht um Bewahrung, sondern um eine Transformation der Vergangenheit. Die Gemeindebauten sind so effektiv, weil sie den Raum gut aufteilen, weil sozusagen die Politik im Plan steckt. Wenn man im Rabenhof spazieren geht, weiß man nicht mehr, ob man in der Stadt oder in einer Siedlung ist. Diese Ambivalenz ist genau das, worum es geht. Man ist an beiden Orten und der eine ist ein Teil des anderen. Es spielt eigentlich keine Rolle, welche Ornamente man sieht, aber es gibt ein bestimmtes Verständnis von Raum und davon, wie Raum genutzt wird, in welcher Größe und mit welchen Proportionen. **HEINDL** Ich glaube, dieser Spaziergang an einem Ort, der Stadt und Siedlung zugleich ist, bringt uns wieder zu einem Moment, an dem das Rote Wien historisiert werden muss. Das Modernistische und das Fordistische am Roten Wien findet sich darin, dass Wohnen und Arbeit getrennt wurden – außer der Reproduktionsarbeit in der Wohnung, die aber auch im Roten Wien nicht als Arbeit anerkannt wurde. Neben der feministischen Kritik an eben dieser Nicht-Anerkennung stellt sich heute die Frage: Wie kann eine postfordistische Stadt aussehen? Die Form des Arbeitens, der Achtstundentag, ist am Verschwinden, und der Arbeitsort ist nicht mehr vorrangig ein Ort der Identifikation. Darin sehe ich ein großes Potenzial für einen Gemeindebau der Zukunft. Er könnte – und zwar als ein Ort der Zugehörigkeit, auch wenn er nicht Privateigentum ist, sondern gemietet – Arbeit, Leben und Stadt umfassen; er könnte ein Stadthaus sein.

PLATZER Wien wächst, und damit erhöht sich der Druck auf die Zugangs- und Vergabekriterien von Wohnungen und führt in der Folge zu Konflikten zwischen den »eingegessenen« und den »neuen« WienerInnen, für die es immer schwieriger wird, günstige Wohnungen zu bekommen. **HEINDL** Ich finde es sehr gut, dass Wien dieses auf Einkommen basierte System nicht hat. Dass Leute, deren Leben sich ändert, entweder zum Schlechten oder zum Guten, nicht gezwungen sind, ihre Wohnung zu verlassen. Und zur Frage der Gleichheit oder der Gerechtigkeit muss man zunächst anmerken, dass dieser Begriff usurpiert wurde. Rechte Parteien sagen, es sei ungerecht, dass manche Menschen so billig wohnen und andere so teuer. Deshalb solle man die billigen Wohnungen abschaffen. Dann zahlen, einfach gesagt, alle gleich viel, nämlich mehr. Das ist die gegenwärtige Rhetorik. Hier muss man sehr vorsichtig sein und sagen, dass es in dieser Stadt und in diesem Land noch sehr viele ungenutzte Instrumente gibt, um mehr Wohnungen günstiger zu machen. Zum Beispiel könnte nach 25 Jahren, das ist der Zeitraum, ab dem jedes Haus abbezahlt ist, in jedem Haus ein Quadratmeterpreis von vier Euro eingeführt werden. Genossenschaften zeigen uns das vor, dort muss die Miete nach ungefähr 25 Jahren auf

diese erwähnten vier Euro pro Quadratmeter reduziert werden. Würde man politisch diese Regelung auch den Privaten aufzwingen, dann würden Neuankommende leichter günstige Wohnungen finden. Der nächste Punkt wäre der Leerstand. Das Rote Wien hat hier ein Gesetz erlassen, das mich wirklich verblüfft. Das *Wohnungsanforderungsgesetz* aus dem Jahr 1919 ermöglichte es, Wohnungen von Menschen anzufordern, die über mehr Wohnraum verfügten, als sie brauchten. Was würde das heute bedeuten? Wer braucht wirklich mehr als zwei Wohnungen? Das meine ich mit der Reihe von Instrumenten, die ungenutzt sind, um teure Wohnungen billiger zu machen. Niemandem würde dabei etwas weggenommen, es würde nur sichergestellt, dass mit dem Recht auf Wohnen nicht spekuliert wird. **BLAU** Das Erbe des Roten Wien besteht auch darin, dieses Gespräch führen zu können und sich vorstellen zu können, dass die von Gabu angedeuteten Instrumente einmal Wirklichkeit werden können. Das Erbe ist der Glaube daran, den Raum in der Stadt anders aufteilen zu können. An kaum einem Ort der Welt wäre diese Vorstellung möglich. **HEINDL** Ich glaube, dass das Rote Wien nicht nur dieses Gespräch ermöglicht hat, sondern auch eine gewisse Verantwortung mit sich bringt, weil es genau darum geht, in deutschen Städten oder in amerikanischen oder in kanadischen – wie es heute geschieht – aus einer kritischen Perspektive heraus über das Rote Wien zu sprechen und dieses Erbe, nämlich seine radikaldemokratischen Anteile, wahrzunehmen. Es kann nicht darum gehen, das Rote Wien einfach als Erfolgsmodell zu exportieren, sondern es muss eine kritische Übersetzung formuliert werden, die es Städten ermöglicht, bestimmte Aspekte des Roten Wien für sich zu adaptieren. Das Potenzial des Roten Wien liegt darin, auf Basis eines egalitären Gerechtigkeitskonzepts – und denken wir uns anstelle des paternalistischen Zentralismus noch ein Empowerment für Benachteiligte hinzu – dort Hoffnung zu wecken, wo der Markt sagt, dass es keine Alternative gibt. Mit einer kritischen Neuinterpretation des Roten Wien wird es möglich, andere Städte zu einem anderen kommunalen und solidarischen Wohnbau zu motivieren.